

25. Juli 1946.

Heber Freund!

Nachfolgend übersende ich Dir die von Dir gewünschte internationale Übersicht:

Kein Land hat sich im Weltkrieg bisher mehr bereichert als die USA. Den Hauptgewinn haben die Milliardäre und Millionäre, aber auch die Mittel- und Kleinbourgeoisie und selbst das Kleinbürgertum hat verdient, insbesondere die Farmer, die Grossen, Mittlern und selbst die Kleinen. Auch ein grosser Teil der amerikanischen Arbeiter hat verdient: nicht etwa weil ihre Löhne gestiegen waren - im Gegenteil, sie sind unter dem Druck der steigenden Lebenshaltungskosten um 33% gefallen - aber sie hatten grösseren Verdienst durch Überstundenarbeit, Überarbeit. Gleichzeitig jedoch wurde die Produktion immer mehr auf den Kriegsbedarf umgestellt, die Produktion von Artikeln des Lebensbedarfs wurde immer mehr gedrosselt. So staute sich im Laufe von 1939-45 ein gewaltiger, zahlungsfähiger Bedarf nach Konsumartikeln aller Art an. Mit der Befriedigung dieser inländischen Nachfrage ist die amerikanische Industrie heute derart beschäftigt, dass die USA-Bourgeoisie für den Auslandsmarkt gegenwärtig und für einige Zeit kein grosses Interesse hat. Dies kommt jetzt der englischen (schweizer, schwedischen usw.) Exportindustrie zugute.

über Diese wichtige Tatsache vor allem ist es, die letzten Wochen die jetzige Kompromisspolitik des USA-Imperialismus mit Stalin-Russland erklärt. Eine Kompromisspolitik, bei der das Stalinregime sich immer wieder zurückzieht, um "Zeit zu gewinnen", während die angelsächsischen Imperialisten vermöge ihrer sehr wirksamen Druckpolitik um ebensoviel immer wieder vormarschieren, ihre Position verbessern und das durch Gesandte über den "Weltwirtschaftskrieg" konjunkturalismus" bewerkstelligt.

Dieser amerikanische Aufholbedarf wird längstens in zwei Jahren gedeckt sein - vielleicht etwas später, wahrscheinlich schon früher. Spätestens dann wird die Kompromissbereitschaft der Kollaborationalisten rasch abnehmen, ihre hier nach profitablen Absatz auf dem Weltmarkt wird sprunghaft wachsen. Die Ausfuhr Englands und der andern noch halbwegs exportfähigen Länder (darunter auch der Schweiz) wird dann von der überlegenen amerikanischen Industrie immer härter bedrängt werden. "Das Gegenüber der kommenden Krise erschreckt die europäischen Wirtschaften mehr als (lies: die europäische Bourgeoisie) so stark, dass sie sich kaum über die Chancen, die ihnen gegenwärtig durch die oben geschilderte) amerikanische Entwicklung geboten wird, zu freuen vermögen", schreibt besorgt die "Neue Zürcher Zeitung" (in Wirtschaftsteil 18.7. Morgenausgabe). Das wird die USA-Bourgeoisie schliesslich vor folgende Wahl stellen: entweder eine Riesenanleihe an die SJ, um auf diese Weise für die USA-Industrie gewinnreichen Markt zu schaffen (das müsste aber, auf längere Sicht, mit amerikanischer Hilfe Russland als Weltmarktkonkurrenten gegen die USA auf die Beine zu stellen!) - oder Krieg gegen die SJ (vermittels des japanischen, deutschen, chinesischen, türkischen usw. Dagens), um die russische Wirtschaft der Kontrolle des amerikanischen Kapitals zu unterwerfen, einzunehmen. Alles spricht dafür, dass die amerikanische Bourgeoisie die zweite Alternative wählen wird und sie trifft dazu in der Tat bereits die notwendigen Vorbereitungen, auch in Japan, Deutschland, China, Türkei usw.

Das stürmische Steigen der Preise, die allgemeine Erhöhung des Geldzinses (seitens der Banken), in USA, dem die Preis- und Zinsentwicklung in den andern Ländern nachfolgt, sind Zeichen, dass die gegenwärtige Boomkonjunktur im Sturm ihren Gipfel entgegentritt, hinter dem der Abgrund der kommenden gigantischen Weltwirtschaftskrise lauert. (Der gewaltige Preissturm in der Türkei - siehe Tages-Anzeiger 12.7. - mag auf lokale Ursachen zurückzuführen sein, mag aber auch schon der allererste Sturmvogel sein, der den heranbraunenden Weltwirtschaftssturm ankündigt).

Antlich wurde bekanntgegeben, dass in der kurzen Zeit seit Aufhebung der Preiskontrolle die Lebenshaltungskosten in USA um 22% gestiegen sind! ("Neue Zürcher Zeitung" 15.7. Morgenausgabe). Und die amerikanischen Preise ~~steigenschnell~~ steigen weiter. Die Gewerkschaften verlangen die Rückkehr zur Preiskontrolle und unterstreichen ihre Forderung durch Protestkundgebungen. Reuther, der Führer der Auto-Gewerkschaft, schlägt vor, in jeder Stadt einen Käuferstreik zu organisieren; wenn das fehlschlägt, dann müsse man die Forderung nach neuerlicher Erhöhung der Löhne erheben. In der Tat: was die Arbeiter in ~~monatlangen~~ monatelangen schwersten Streiks errungen, die 18-20%ige Verbesserung der Geldlöhne (womit sie in Krieg erlittene 3%ige Verschlechterung ihres Reallohns nur zum Teil aufgeholt), das schlug ihnen die Bourgeoisie innerhalb 2 - 3 Wochen durch die Steigerung der Lebenshaltungskosten um 22% wieder aus den Händen. Die amerikanischen Arbeiter sind infolge der Preisoffensive der Bourgeoisie heute bereits schlechter daran, als zu Beginn ihrer grossen Streikwelle! Und wenn sie so lang warten würden, bis sich zeigt, ob der Käuferstreik die kapitalistische Profitgier genügend stüßelt, dann würden inzwischen ihre Reallohne noch beträchtlich tiefer gesenkt werden, denn die kapitalistische Preisoffensive geht weiter. Selbst Tobin, ein Gewerkschaftsführer der konservativen AFL, forderte bereits zur Bildung der dritten Partei auf, "die allein den Arbeitern politisches Mitspracherecht gewähren könnte" (siehe "Neue Zürcher Zeitung" 15.7. Mittagsausgabe).

Mit Recht kämpfen unsere amerikanischen Genossen dafür, dass die Gewerkschaften, diese dritte Partei, nämlich die amerikanische Labourparty, schaffen soll! Die Bildung einer solchen Partei wäre in der Tat ein bedeutsamer Schritt vorwärts aus Politisieren der amerikanischen Arbeitermassen und ihrer Kämpfe. Als Verkämpfer der internationalen proletarischen Revolution sind wir jedoch verpflichtet, die amerikanischen Arbeiter zugleich, jetzt schon immer wieder darauf aufmerksam zu machen, dass diese Labourparty ein Instrument sein wird der verkleinbürgerlichten, vielfach sogar verbürgerlichten Gewerkschaftsbürokratie der AFL, CIO usw (der Green, Lewis, Murray und Co); dass diese Labourparty mit all dem behaftet sein wird, was die Arbeiter heute immer häufiger an der englischen LP sehen, erkennen können. Die amerikanischen Genossen müssen den Arbeitermassen sagen: Kämpft für die Bildung der amerikanischen Labourparty, das wird ein Schritt ~~marktschreierisch~~ vorwärts sein, erzwingt das, wir unterstützen Euch - aber zugleich sagen wir Euch schon heute, was Euch Eure eigene Erfahrung in und mit dieser Labourparty später immer mehr zeigen, beweisen wird: eine solche Labourparty kann Euch dann und wann, da und dort in besten Falle vorübergehende Linderungen Eurer Lage bringen, doch um Euch aus der kapitalistischen Ausbeutung und Knechtschaft zu befreien, ~~ausserd~~ zu befreien, dazu müsst Ihr Euch unumgänglich Eure proletarische Klassenpartei schaffen, die auf dem Boden der Lehren von Marx, Engels, Lenin, Trotski kämpft. Diese konsequente Propaganda für die Bildung der

Klassenpartei des amerikanischen Proletariats, für ihren Ausbau unterlassen, das g hiesse, es der amerikanischen Gewerkschaftsbürokratie erleichtern, auf dem Rücken der Arbeitermassen, auf deren Kosten politisch hochzukommen und diesen zugleich den Weg zur proletarischen Klassenpartei erschweren. Die Schaffung einer amerikanischen Labourparty an sich ist kein Schritt ~~zurückwärts~~ vorwärts zur proletarischen Revolution, das ist sie nur, wenn wir den Kampf dafür schärflich verknüpfen mit der konsequenten revolutionären Kritik und Propaganda für die proletarische Klassenpartei! -

Die Konferenz der vier Außenminister in Paris endete damit, dass in einzelnen Fragen Kompromisse erzielt wurden (vor allem durch französischen Stalinrusslands), dass aber kein ernster Fortschritt erzielt wurde in Bezug auf Deutschland und Österreich. Um aus seiner Isolation herauszukommen, suchte das Stalinregime zunächst die USA gegen England oder England gegen die USA auszuspielen. Das ist gescheitert. Die eben bewilligte 4500 Millionen Dollar-Anleihe an England beweist das handgreiflich. Dann lavierte Stalin zwischen Frankreich und Deutschland. Neunmal hat er sich endgültig für Deutschland als Bundesgenossen (unter Führung Stalinrusslands) entschieden. Plötzlich fordert Molotow, Ruhr und Rheinland müssten bei Deutschland bleiben, er tritt auf als Vorkämpfer der politischen Einheit Deutschlands (welches aber um Ostpreussen, Pommern, Schlesien weiter beraubt bleiben soll; einen Teil des an Polen zugesprochenen deutschen Gebietes soll eventl. an ein dem Stalinregime gefügiges Deutschland zurückgegeben werden, um das Bündnis zu untermanern).

Der französische Imperialismus wird sich nun eindeutig auf das Bündnis mit USA-England (gegen Sowjetrussland) zu orientieren beginnen. Nur die französische Stalinpartei, die immer als Vorkämpfer der imperialistischen Forderung nach Ruhr und Rheinland aufgetreten ist, beginnt durch die stalinrussische Wendung in eine schwierige Lage zu geraten.

Die Aussichten, auf diesem oder jenen Wege zu einem Deutschland als Bundesgenossen unter stalinrussischer Führung zu gelangen, stehen für die Stalinbürokratie keineswegs so günstig, wie es ausserlich scheint. Gewiss, was die angelsächsischen, imperialistischen Banditen den ~~den~~ deutschen Massen angetan und antun, ist um nichts geringer als die Erhubereien und Schandtaten des Stalinregimes. Aber die Imperialisten von USA-England geben und geben sich innerlich nicht aus als "Kommunisten", ~~angeworben~~ dagegen von "kommunistischen" Stalinrussland, vom "Sozialismus" in einem Land erhofften, erwarteten die deutschen Arbeitermassen ein ganz anderes Handeln. Und wenn es gar auf die Frage ankommt, wer mehr zu bieten vermag, um Deutschland für sich zu gewinnen (als "Bundesgenossen", das heisst für die deutschen Massen: als Kannonenfutter), so hat der englische Imperialismus dank der stalinbürokratischen Kurzkampfpolitik Verratspolitik jedenfalls viel gewaltigere Triumphe in der Hand als der stalinrussische Nationalismus.

Die 4500 ~~MA~~ Millionen Dollar-Anleihe, die man in ~~den~~ aller ~~sehr~~ bereits bewilligt ist, hat die Stellung der Labourregierung in England zunächst erleichtert. Sie kann nun grosse Mengen von Lebensmitteln, Futtermitteln kaufen, die Rinschränkungsmassnahmen abbauen; sie kann wichtige Produktionsmittel kaufen, um die Produktion zu verbessern, zu steigern, die Ausfuhr zu vermehren. Man muss aber in Erinnerung behalten, dass sie die Anleihe nur erhält gegen die Verpflichtung, einführenden amerikanischen Waren innerhalb des britischen Weltreichs durch keine Massnahmen schlechter zu stellen als englische Waren. Das wird zu wirken beginnen, sobald die USA den

Weltmarkt forciert werden, werden müssen, also gerade dann, bis das kapitalistische England eine neue Ausfuhr zu benötigen haben wird, um sich die Krise vom Leib zu halten.

Öl ist heute ein sehr, sehr wichtiger Faktor. Besonders für Russland, dessen Kohlenbergwerke zum Großteil von den Nazis zerstört wurden (worauf innen die Kriegstaktik von USA-England, letztes alles die stalinische Kalkül Politik seit 1923/24 die Möglichkeit gab). Gerade am Öl kann man besonders deutlich die Niederlage Stalinrusslands im Verhältnis zu USA erkennen. Im Verhältnis zu 1930 ist die Ölproduktion gestiegen: in USA von 170*7 auf 244*6 Millionen Tonnen (in Venezuela von 28*1 auf 47*1, in Iran von 10*5 auf 17*1, in Mexiko von 5*6 auf 6*1 Mt MT; diese Ölproduktion wird zum Großteil von der USA-Bourgeoisie beherrscht, zu einem kleinen Teil von der englischen Bourgeoisie) - dagegen ist die Ölproduktion in der UdSSR von 30*1 auf 25*1 MT gesunken (siehe Tages-Anzeiger 19.7.). Auch in dem von Stalinrussland kontrollierten Rumänien ist sie beträchtlich gesunken (von 1*6 auf 1*05 MT - siehe "Neue Zürcher Zeitung" 19.7. Morgenausgabe). Ursache des Produktionsrückgangs in Rumänien: Mangel an Bohrbohrungen und weiterer notwendiger Materialien.

Engelien verkündet Truman, dass eine amerikanische Anleihe an die UdSSR vorläufig nicht in Betracht kommt. Das heißt: X alle Maschinen, Schiffe, die Stalinrussland unumgänglich braucht, um seine Produktion rasch wieder aufzubauen, bekommt es nicht, jedenfalls nicht in der erforderlichen Menge und schon gar nicht in der erforderlichen Qualität. Die angelsächsischen Imperialisten lassen nur einen langweiligen Niederrückbau Russlands zu (während USA und England ihre Produktion mit Vollampf vorantreiben). So bleibt Stalin infolge seiner Bankrottpolitik nichts übrig, als ~~unumgänglichkeitspolitisch~~ möglichst gründliche Ausraubereien in Deutschland, Österreich, Ungarn, Rumänien usw fortzusetzen, um die schreckliche Niederlage, in die er Sowjetrussland hineingeführt hat, zu verkleistern, zu verdecken, etwas zu verkleinern und eben dadurch - immer breitere Massen in den so ausgeraubten Ländern gegen Russland in wachsende Wut zu versetzen.

Während die angelsächsischen Imperialisten, insbesondere die amerikanischen, die Produktion in Deutschland niederknien (in der USA-Zone ist die Industrie nur mit 20% ihrer Kapazität beschäftigt), ist die Industrie in der russischen Zone viel besser beschäftigt, sie erbt viele Konstoffe aus Russland, aber 90% dieser gesamten Produktion wird zwangsweise nach Russland abgeführt... Stalinrussland will keine wirtschaftliche Zentralisierung Deutschlands zulassen, um sich das Fortsetzen der wirtschaftlichen Ausplünderung/Deutschlands weiter offenzumachen. Dass England und USA dabei 500 Millionen Dollar drauf zahlen, um Westdeutschland selbst nur auf dem jetzigen Niveaum zu halten, findet das Stalinregime durchaus in Ordnung; denn Amerika (un in einer gewissen Grenze auch England) haben am Krieg mächtig verdient, da ihnen dank der stalinischen Verratspolitik Russland die Kustanen gegen die Nazi aus dem Feuer zu ziehen hatte. Der "Kommunist" Molotow verlangte überdies 10 Milliarden Dollar Reparationen von Deutschland (das misst auch von der deutschen Arbeiterklasse). Byrnes, der USA-Außenminister erwiderte ihm, dass Russland bereits direkt oder indirekt 14 Milliarden Dollar durch Transfer von Fabriken und andern Vermögenswerten aus Oberschlesien und dem Gebiet von Königsberg verschleppt hat, was Molotow nicht bestritt. Dazu kommen noch die vielen Milliarden geraubter Fabrikeinrichtungen und sonstiger Werte, die die Stalinbande in Berlin, Brandenburg, Pommern, Ostpreussen, Thüringen, Sachsen, Österreich, Ungarn, Rumänien usw geraubt hat und weiter

mannt. ~~Man~~ Alles, um einen kleinen Teil der ungeheuerlichen Verluste zu decken, die Russland dank der stalinischen Bankrotspolitik erlitten hat.

USA-England verlangen die "deutsche Wirtschaftseinheit" (das heisst die Überschüsse der russischen Zone sollen auch der Westzone zugute kommen, damit England-USA die 500 Millionen Dollar nicht draufzahlen müssen), dagegen wollen sie keine politische Einheit, sondern 12 deutsche Kleinstaaten, die nur lose als Staatenbund miteinander zusammenhängen sollen.

Gegenüber will das Stalinregime keine deutsche Wirtschaftseinheit (die Produktionsüberschüsse Ostdeutschlands sollen den stalinburekratischen Ausplündern allein offen stehen), aber es will die politische Einheit unter der Führung der stalinischen "sozialistischen Einheitspartei Deutschlands", das heisst unter Führung des Stalinregimes.

Die angelsächsischen Imperialisten drohen: wenn das Stalinregime nicht nachgibt, dann werden die amerikanische, englische, französische Zone wirtschaftlich zusammengeschlossen und die Produktion dort so weit gesteigert, dass die 500 Millionen Dollar, welche England-USA drauf zahlen, als Reingewinn herausgeholt werden. Diese Produktionssteigerung ^{würde} bildet zugleich eine den angelsächsischen Imperialisten gegenwärtig erwünschte Verbesserung des deutschen Rüstungspotentials (gegen Russland) bedeuten...

Die Not der Arbeitermassen Deutschlands, dieses Hauptopfers des National"sozialismus", ist riesengross. Die Arbeitslosigkeit wuchst. Der Hunger wächst. Der Schwarzhandel gedeiht: vor allem die "BeFreier" selbst betreiben ihn, in erster Linie viele Offiziere der Besatzungsarmee.

Millionen deutscher Arbeiter leben als Arbeitsklaven. Im "Volkerecht" (12.7.) zeigt Benedikt Kautsky, dass heute nur noch Frauen, Kinder, arbeitsunfähige Männer aus der Tschechoslowakei ausgesiedelt werden (die sozialdemokratischen und die stalinistischen Blätter veröffentlichen das unter dem harmlos klingenden Titel "bevolkerungsaustausch"). "Die kräftigen Männer bleiben im Land und müssen für die neuen Herren arbeiten. Was aber die ihrer Erbkamer beraubten Familien in Deutschland anfangen sollen, interessiert die Tschechen und Polen nicht. Es entstehen neue Sklavenarmeen". Herr Kautsky hat recht, er verschweigt aber das Wichtigste: dass nämlich an der Spitze der Regierungen, die diese niederträchtige Lannerei durchführen, die Stalinpartei und die Sozialdemokratie stehen; er verschweigt, dass diese Zwangsausiedlungen und die Verklavung von Arbeitermassen, die damit Hand in Hand geht, durchgeführt werden kraft des Vertrages zwischen USA-England, Stalinregime und dass an der Spitze dieses England die herrliche "Labourparty" steht. Dasselbe "Volkerecht", das am 12.7. das verlogene Kautsky'sche Gejammer bringt, wendet sich tags darauf (13.7.) kaltschnäuzig gegen die "sentimentalen Rücksichten, (die) für ein Volk (also die deutsche Arbeiterklasse inbegriffen!), das ~~ausgesaugt~~ in die ~~Gejammer~~ so viele andere Völker ausgeraubt, geknechtet, geschändet (dessen also berichtigt das "sozialistische" "Volkerecht" auch die vom Faschismus durch die Schuld von SP, Stalinpartei, LP, Gewerkschaftsbürokratie niedergeworfene, niedergestampfte deutsche Arbeiterklasse!), nicht am Platze sind". Keine Sentimentalitäten, auch nicht gegen die deutsche Arbeiterklasse, verkündet das "Volkerecht", aber, führt dieses "sozialistische" Blatt fort: "Realistische Rücksichten zwingen, dass wir uns mit Deutschland beschäftigen... Die Zustände, die sich in Deutschland entwickeln, treiben einer europäischen Katastrophe (lies: der europäi-

den
schen Revolution) entgegen. Man muss sich 60 Millionen die Möglichkeit geben produktiver Arbeit... Die Zoneneinteilung und der Langst eines Friedensvertrages hindern das", womit schliesslich der Pfordruss zutage kommt: die stalinistische KP sieht am Strick des angelsächsischen Imperialismus. Und diese Leute berufen sich den Arbeitern gegenüber auf den "Internationalismus", heucheln an feiertagen Proletariat aller Länder, vereinigt Euch!

Ein Labourabgeordneter antwortete im Unterhaus, wie die deutschen Kriegsgefangenen in Deutschland umgebracht werden. Die Regierung zahle ihnen nur einen Schilling täglich und verdiene an ihnen 750'000 Pfund die Woche. Die Regierung bestritt, dass sie einen Gewinn habe; offenbar hat den Gewinn unter ihrem Regim irgend eine Kapitalistenklippe. Viel schlimmer noch werden die deutschen Kriegsgefangenen ausgesaugt in Frankreich und Stalinrussland.

Citrine, Minister Majestät des Königs von England, Gewerkschaftsführer, von ihm für vielfachen Verrat an der Arbeiterklasse als Baron geadelt, gab bekannt, welche gewerkschaftliche Organisation die imperialistischen Räuber von USA, England, Frankreich und die stalinrussische Räuberbande den deutschen Arbeitern erlauben: es werden örtliche Sektionen zugelassen und deren Zusammenschluss zu Kartellen in den Städten; in jeder Zone 2 werden die Gewerkschaftssektionen jedes Industriezweigs zu einem Bund und diese Bünde zu einem gewerkschaftlichen Verband zusammengeschlossen. Dass die Gewerkschaftsbeamten von den räuberischen Besatzungsbehörden eingesetzt, den deutschen Arbeitern aufgedrungen werden, (werfür die deutschen Gewerkschaftsbürokraten tüchtige Gehälter für sich aus den Beiträgen der deutschen Arbeiter an sich reißen dürfen), darüber schweigen Citrine und seine gewerkschaftsbürokratischen Kumpane, die stalinischen inbegriffen. (Zwischen den Gewerkschaften der vier Zonen soll es nur lose Querverbindungen geben; die Delegierten der Zonenverbände ganz Deutschlands sollen sich alle drei Monate versammeln, wobei der Weltgewerkschaftsbund, dieses Instrument der englischen und der stalinrussischen Gewerkschaftsbürokratie, also das Werkzeug des englischen Imperialismus und des russischen Nationalismus, darüber wachen werden, dass die "Freien" Deutschen Gewerkschaften das erfüllen, durchzuführen, was die räuberischen Imperialisten von England und die räuberische russische Stalinbande verlangen). In ganzen sollen bisher 4 Millionen 500'000 Arbeiter gewerkschaftlich organisiert sein; das heisst sie haben Beiträge für die Gewerkschaftsbürokratie zu zahlen, aber darüber, was gewerkschaftlich geschieht, haben nicht sie, sondern die von den Besatzungsbehörden eingesetzte Gewerkschaftsbürokratie zu entscheiden.

Innerthalb der nächsten Wochen werden in der englischen Zone (also von der Labourregierung!) viele tausende SS- und SA-Führer und dergleichen aus den Zivilinternierungslagern entlassen werden, nachdem sie hier ausgezeichnet aufgefüttert worden sind. Schritt für Schritt arbeiten die angelsächsischen Imperialisten daran, die deutsche Bourgeoisie so weit auf die Beine zu stellen, dass sie als Instrument gegen Sowjetrussland verwendet werden kann.

In Österreich setzt das Stalinregime seine Haus- und Wirtschaftspolitik fort. Die Koalitionsregierung sucht sich dem nun durch einen Sozialisierungsgeschwindel möglichst zu entziehen. Sie hat eine ganze Anzahl von Grossbanken und Grossindustriellen Unternehmungen ins Eigentum des kapitalistischen Staates übernommen. Sie hat sich überdies darauf beschränkt, nur die Aktien zu verstaatlichen, der ganze Verwaltungsapparat jedoch samt den Kapitalisten und den kapitalistischen Direktoren an der Spitze besteht unver-

Endert weiter. (SP und StP geben das aus als "Schritt zum Sozialismus"). Es wird nun der alliierte Kontrollrat entscheiden, was in den österreichischen (kapitalistischen) Staatsbesitz übergeht und was an Stalinrussland auszuliefern ist (welches alle österreichischen Betriebe verlangt, die von NaziDeutschland, wenn auch mit Gewalt, an sich gerissen worden sind...). - Die österreichische Koalitionsregierung ist für die Arbeiter überaus reich. Sie sitzen zusammen die Christlichsozialen (kapitalistische) Partei, die Sozialdemokratische Partei und die Stalinpartei. Innenminister ist der Sozialdemokrat Schinner, er ist ungemein "herr" über Gendarmerie und Polizei. Man hat einen diese Regierung zum Generalinspektor der Gendarmerie und zum Vizepräsidenten der Wiener Polizei zwei Männer eingesetzt, die von Niederschüssen und Morden der österreichischen Arbeiter 1934 mitbeteiligt waren. Hier tritt es drastisch zutage, dass die sogenannten "Arbeiterparteien" in jeder Koalitionsregierung (dasselbe gilt, wenn sie als Minorität in der bürgerlichen Staat fungieren) im Grunde nichts sind, als Organe der Bourgeoisie gegen Arbeiterklasse, proletarische Revolution.

Italien wurde und wird nach allen Regeln der Kunst von seinen angelsächsischen-imperialistischen "Befreier" ausgeraubt, ausgeplündert. Die italienische Bourgeoisie ihrerseits arbeitet mit allen Nebeln, um die Kosten des verlorenen Krieges und des kapitalistischen Wiederaufbaus auf die Massen, vor allem auf die Arbeiter, zu wälzen. Die Arbeiter setzten sich in einer grossen Welle von Streiks zur Wehr. Um sie zu "beruhigen", erfanden SP, StP, Gewerkschaftsbürokratie die "beschäftigungsmasse" (einmalige Zulage von ~~3000~~ 3000 Lire an Verheiratete, 1500 Lire an ledige Arbeiter, Angestellte). Obwohl das nicht ausreicht, um die entsetzliche Not der Arbeiter einigermaßen zu lindern, wollen die Unternehmer nicht einmal das zahlen. Eine neue noch grössere Streikwelle hat sich erhoben. Die Not, die Arbeitslosigkeit wird immer grösser. 400 Milliarden Lire Noten sind bereits im Umlauf (Tagesanzeiger 18.7.) und immer mehr Noten zum Kauf genommen gibt der kapitalistische Staat aus, die Inflation nimmt weiter zu. Ueberhaupt ist die Inflation heute das Hauptmittel, wodurch die Bourgeoisie die Kosten des Krieges und des kapitalistischen Wiederaufbaus aus den Massen herausplündert. Aber sie kann das nur machen mit Hilfe von SP, StP, GB, die mit ihr an gleichen Strick hängen um die (kapitalistische) "Ruhe und Ordnung" zu sichern, das heisst die proletarisch-demokratische Revolution zu vermindern. Gerade jetzt beginnen die Massen das Wesen dieser Parteien und der GB, dieser Helfershelfer der Bourgeoisie, immer deutlicher zu erkennen. Der Italien auferlegte "Friede" entlarvt die angelsächsischen imperialistischen und die stalinrussischen "Befreier" als das, was sie sind: als niedertrachtige Räuber und Betrüger. Was haben die Roosevelt, Churchill, Eisenhower, Stalin dem italienischen Volk nicht alles versprochen! Was nicht haben sie gehalten, aber das italienische Volk berauben, bestehlen, betrügen, das tun sie alle. Auch da zeigt die Erfahrung den Massen, dass die SP, StP, GB den Räubern und ihren Helfershelfern die Hände machen. Es geht in den Massen Italiens. Was fehlt, ist die proletarische Revolutionspartei, die den Massen den einzigen Ausweg zeigt und führt: die proletarisch-demokratische Revolution in Italien, in Europa!

In Belgien ist die SP mitten in einer schweren Krise. Der rechte Flügel unter Van Acker will die Koalition mit der katholischen (kapitalistischen) Partei - der linke Flügel will eine "links"regierung zusammen mit der StP. Volle Übereinstimmung herrscht zwischen all diesen Parteien, dass die Sanierung

des kapitalistischen Belgiens auf Kosten der Massen erfolgen soll; aber die einen wollen das Bündnis mit dem angelsächsischen Imperialis-
mus (gegen Russland) - die andern wollen Belgien daraus heraus-
halten, durch Neutralisierung der belgischen Bourgeoisie auf Kosten
der belgischen Massen die Position des russischen Stalinregimes er-
leichtern. Die belgischen Arbeiter kämpfen für die Angleichung der
Lohnsätze an die Leistung und für die Schaffung von Betriebs-
räten, die Vertreter der belgischen Arbeit sein sollen gegenüber dem Un-
terschieden.

Über die Entwicklung in Frankreich berichtet die bürger-
lichdemokratische St. Pauli-Zeitung (15.7.): "Der Mann, den diese
Partei (die StP) mit einem breiten Kreis von Sympathisanten aus-
sticht, vertritt... ihre Vorherrschaft in den Gewerkschaften geht
durch eine Krise... in einigen Monaten, wenn die neue Verfassung
unter dem ist, kann diese Entwicklung reif sein für eine "natio-
nale Union" unter Ausschluß der Kommunisten oder für eine Zentrum-
koalition unter Ausschluß der äußersten Linken (das heisst der
"Kommunisten") und der äußersten Rechten; diese Sammlung würde
dann notwendigerweise unter dem Namen de Gaulle vollziehen... Es
ist sozusagen der "normale" Lauf, der sich mit einiger Wahrschein-
lichkeit voraussehen lässt und für alle Fälle stehen auch die Nacht-
mittel bereit, um dieser Entwicklung nötigenfalls nachzugehen und
die Widerstände zu brechen... Es ist zu hoffen, dass Frankreich
keinen "Retter" braucht. Der Präsident der Republik kann dennoch
de Gaulle heissen". Die Stalinpartei isoliert die SF von ihr
trennen, sie mit der Katholischen (kapitalistischen) Partei, dem
MR, zu koalieren und de Gaulle als "Hindenburg" zu etablieren,
das ist das erste grosse Stappenziehl, das die französische Bourge-
oisie mittels der grossen Staatstreich-Offensive, die sie bereits
eröffnet hat, erreichen will. Für die nächste Stufe soll dann
Hindenburg-de Gaulle mit Hilfe der französischen Braun-Bewer-
ker und Co - die Hilfe der französischen Thälmann und Co nicht
zu vergessen - sorgen. Die Abstimmung über das Mandat Daladier
zeigte die StP bereits vollkommen isoliert mit 311:133 Stimmen.
Der Mann der Münchner Politik von 1938 wurde mit Hilfe der SF
das Mandat zuerkannt. Kein Wunder: haben doch die Blum, Laniel und
Co. ähnlich mitgemacht, haben sie es doch den Weltmassen als "Ret-
tung des Friedens!" vorgelegt.

Die Wendung der stalinrussischen Aussenpolitik erschwert
die Politik der xxx französischen StP noch mehr. Desto krampf-
hafter sucht sie jetzt in raffiniertem Doppelspiel Mäxkult bei den
Massen. Der Lohnentwertung von 80% (seit März dieses Jahres) setzt
die stalinistische geführte CGT die Forderung einer Lohnsenkung
von 25% entgegen. Durch stalinistische Schulterschlappen sich die
Verhandlungen hin, da die Stalinbürokratie den wirklichen Kampf-
wille der Massen (Betriebsbesetzungen im Landesmasstab) sabotiert.
Die Bourgeoisie treibt in die Preise immer derart in die Höhe,
dass seit Beginn der Verhandlungen die Lebenshaltung bereits wieder
beträchtlich teurer geworden ist, und zwar im Laufe dieser kurzen
Zeit schon um mehr als die 25% Lohnsenkung ausmachen, für die Mas-
sen jetzt kämpfen... Während die stalinistische geführte CGT 25%
Lohnsenkung verlangt, erklärt die Stalinpartei die 25% zwar für
gerechtfertigt. "Trotzdem könnten die Kommunisten die Gewerkschaften
nicht unterstützen, weil sie sich mit Bidault auf eine nur 15%ige
Erhöhung der Löhne geeinigt hätten, als sie sich im Juni zur Mit-
arbeit an der Regierung bereit erklärten". (Neue Zürcher Zeitung,
12.7. Vorgehen). Um sich den Platz in der Koalitionsregierung

die

zu sichern - das vor allem verlangt die russische Stalinbande von ihrer französischen Filiale - können die Thores und Co den Profitbedürfnissen der französischen Bourgeoisie auf Kosten der Massen immer mehr entgegen. So hält sich Thorez an die 15% Minderheits. Je mehr lieder das Doppelspiel, das Schwanken der Stalinpartei, desto fester werden die Kapitalisten mit ihrem Minderheits. Um die Handver der StP vor den Massen zu verschleiern, betreibt die stalinische Führung der CGT sozialradikale Politik, laßt die Massenenergie in wirkungslosen Massenprotesten verpuffen. In Wirklichkeit ist die stalinburekratische Gesellschaft fest entschlossen, vor allem die Position der StP in der Koalitionsregierung zu behaupten und allen dazu nötigen Verrat an den Massen zu begehen. Den Massen ist es mit dem Kampf zur Verteidigung, Verbesserung ihres immer mehr sinkenden realen Lebens leichter Ernst. Der Schleichhandel blüht unter allen möglichen Formen, die Forderung Währungs. Die Arbeitsleistungen aber wurden und werden weiterhin gesteigert. Der Widerspruch zwischen den Interessen der Massen und der Politik der StP, CP, ob wird immer größer.

Nur in denjenigen Ländern, deren Bourgeoisie sich im Krieg gewaltig bereichert hat, vor allem in USA und bis zu einem gewissen Grad auch in England, gibt es noch Zuckerl, Reformen für die Arbeiterschaft; so auch in der Schweiz und Schweden. Prüft man jedoch näher, so sieht man, dass die große Masse der Arbeiter auch da - wann man nämlich alle Umstände berücksichtigt - in ihrer sozialen Lage im Verhältnis zur Kapitalistenklasse sinkt. Gerade der Niedergang der Löhne in USA, diesem reichsten Land der Welt, dessen Bourgeoisie die größten Kriegsgewinne erzielt hat, dieser Niedergang der realen Löhne mitten sogar in der höchsten Konjunktur, straft die sozialdemokratischen, labouristischen, stalinistischen Heuschrecken läge. Die Arbeiterbürokratie in USA, England, Schweden, Schweiz usw wächst an Zahl, Einkommen, Vermögen, das ist der - übrige vorübergehende - Preis, den die Bourgeoisie diesen elenden Verrätern, Schmarotzern bewilligt, weil sie es der Kapitalistenklasse in dieser Phase der glühenden Millionenmassen ermöglicht, die kapitalistische Staatsmacht, das kapitalistische Klasseneigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln weiter zu behaupten, die Massen immer gründlicher auszunutzen den Profit, das Vermögen der Bourgeoisie immer mehr zu vergrößern.

In China halten die Differenzen zwischen der Bourgeoisie und der kleinbürgerlichen (kleinbäuerlichen), russisch orientierten Stalinpartei an. Der amerikanische Imperialismus hilft der chinesischen Bourgeoisie. Sogar amerikanische Truppen sind noch immer in China. Abgesehen von den japanischen Truppen, die von der amerikanischen Bourgeoisie als Reserve bereitgehalten werden. Die Kooperationspolitik vollziehen die USA-Imperialisten unter dem Gesichtspunkt: Japan soll kein ernster wirtschaftlicher, politischer Konkurrent mehr für USA sein - aber es soll ein taugliches Werkzeug werden letzten Endes zum Krieg gegen Sowjetrußland. Der Bürgerkrieg in China droht wieder auszubrechen. Tsankaischek kann seine Politik nur wagen, weil der USA-Imperialismus diesen Kurs - der Grundlinie nach - haben will und unterstützt, als Teil der amerikanischen Kriegsvorbereitungen gegen die SU.

In Indien haben die Sikhs einstimmig beschlossen, sich an der von der britischen Regierung vorgeschlagenen konstitutionalen Versammlung nicht zu beteiligen. Die Schwierigkeiten Englands und in Indien wachsen.

Die Notbenachschüsse in Ägypten zeigen, dass auch hier England auf zunehmende Schwierigkeiten stößt, wie übrigens auch in Indonien.

25.7.46.

Mit freundlichen Grüßen:

A.R.